

**18.10.2017**

**Niederschrift 004/2017**

---

**Ausschuss für Kreisentwicklung und Mobilität**

am 26.09.2017 | Kreishaus Unna | Freiherr-vom-Stein-Saal C.002-C.003 |  
Friedrich-Ebert-Straße 17 | 59425 Unna

**Beginn** 16:00 Uhr

**Ende** 17:20 Uhr

**Anwesend:**

**Vorsitzender**

Herr Günter Bremerich

**Kreistagmitglieder SPD**

Herr Norbert Enters

Vertretung für Herrn Rüdiger Haag

Herr Jens Hebebrand

Herr Udo Holz

Herr Gerd Oldenburg

Herr Theodor Rieke

Herr Jens Schmülling

Herr Heinz Steffen

**Sachkundige Bürger/innen SPD**

Herr Thomas Semmelmann

**Kreistagmitglieder CDU**

Herr Wilfried Feldmann

Herr Wilhelm Jasperneite

Vertretung für Frau Gabriele Richter

Herr Dieter Kleinwächter

Herr Martin Niessner

**Sachkundige Bürger/innen CDU**

Frau Ute Gerling

Vertretung für Daniel Jasperneite

**Kreistagmitglieder BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Stephanie Schmidt

Frau Anke Schneider

**Kreistagmitglieder Linksfraktion**

Herr Werner Sell

**Kreistagmitglieder GFL-Lünen / UWG-Selm**

Herr Helmut Rosenkranz

Vertretung für Herrn Reinhard Schulz

**Sachkundige Bürger/innen FDP**

Herr Andreas Wette

## **Verwaltung**

Frau Sabine Leiß, Leiterin Stabsstelle Planung und Mobilität

Herr Klaus-Peter Dürholt, Stabsstelle Planung und Mobilität

Frau Silke Schmücker, Schriftführerin

## **Gäste**

Herr Christoph Neumann, Landesbetrieb Straßenbau NRW

anwesend bis 16.35 Uhr

Herr Oberhuber, Landesbetrieb Straßenbau NRW

anwesend bis 16.35 Uhr

Herr Bremerich begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er teilt mit, dass die Einladung zu der Sitzung am 14.09.2017 verschickt wurde. Da sich auf seine Frage hin niemand meldet, dem die Einladung nicht fristgerecht zugegangen ist, stellt er die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen in der Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

## **Tagesordnung:**

### Öffentlicher Teil

- |                  |        |  |
|------------------|--------|--|
| <b>Punkt 1</b>   |        | Bestellung der Schriftführung  |
| <b>Punkt 2</b>   |        | Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner   |
| <b>Punkt 3</b>   |        | Verfahrensstand Radschnellweg Ruhr (RS 1);<br>Bericht: Herr Neumann, Straßen.NRW   |
| <b>Punkt 4</b>   | 137/17 | Sachstandsbericht Internationale Gartenausstellung Metropole Ruhr 2027 (IGA);<br>Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN<br>vom 02.08.2017  |
| <b>Punkt 5</b>   |        | Feinstaubbelastung - Sachstandsbericht zu vorliegenden Belastungen der Luftqualität und Überblick über die Luftreinhalteplanung im Kreisgebiet Unna;<br>Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN<br>vom 07.09.2017 |
| <b>Punkt 5.1</b> | 143/17 | Interkommunale Zusammenarbeit im Kreis Unna - Kreis als Fachinformations- und Koordinierungsstelle für Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität;<br>Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.09.2017                                  |
| <b>Punkt 6</b>   | 142/17 | Öffentlich-rechtliche Vereinbarung für gebietsübergreifende Linien;<br>Finanzierungsvereinbarung "U 41" mit der Stadt Dortmund;<br>Refinanzierungsvereinbarung "U 41" mit der Stadt Lünen  |

**Punkt 7** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nichtöffentlicher Teil

**Punkt 8** Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

**Punkt 1 Bestellung der Schriftführung**

Beschluss

Auf Vorschlag des Landrates wird Frau Silke Schmücker weiterhin als Schriftführerin für den Ausschuss für Kreisentwicklung und Mobilität bestellt.

Als stellvertretende Schriftführerinnen für den Ausschuss werden Frau Antje Bartelheimer, Frau Birgit Diers, Frau Susanne Kronenberg und Frau Katja Schuon bestellt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

**Punkt 2 Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner**

Fragen von Einwohnerinnen oder Einwohnern ergeben sich nicht.

**Punkt 3 Verfahrensstand Radschnellweg Ruhr (RS 1);  
Bericht: Herr Neumann, Straßen.NRW**

Erörterung

Herr Bremerich begrüßt die Referenten des Landesbetriebes Straßenbau NRW, Herrn Neumann und Herrn Oberhuber. Da der RS 1 auch durch den Kreis Unna führe, werde den Ausschussmitgliedern der aktuelle Planungsstand durch die Vertreter des zuständigen Baulastträgers vorgestellt.

Herr Neumann, Leiter der Planungsabteilung von Straßen.NRW, stellt anhand einer Power-Point-Präsentation den Planungsstand für den Abschnitt Kreis Unna des RS 1 durch Unna, Kamen und Bergkamen vor. Dabei geht er insbesondere auf die nächsten erforderlichen Schritte und die sich aktuell ergebenden Problemstellungen (vgl. Folien 5 und 6) sowie auf die geplante Linienführung (vgl. Folien 7 ff) und auf naturschutzrechtliche Belange (Folien 10 ff.) ein. Die Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 1 beigefügt.

Relevant für den weiteren zeitlichen Ablauf, so Herr Neumann, sei die Frage, ob ein Planfeststellungsverfahren (mit Linienbestimmung) durchgeführt werden müsse, oder ob ein so genannter „Fall unwesentlicher Bedeutung“ vorliege, bei dem erforderliche Einzelgenehmigungen ohne Planfeststellung eingeholt würden. Der Verfahrensweg werde sich noch entscheiden. Ziel sei es in jedem Fall, das Planverfahren so kurz wie möglich zu halten.

Herr Bremerich merkt an, dass nach seiner Wahrnehmung noch erhebliche Probleme zu lösen seien. Als Beispiele nennt er den erforderlichen Erwerb von Privateigentum und die anstehende Umweltverträglichkeitsprüfung. Solche Problemstellungen seien in der Regel zeit- und kostenintensiv.

Auf entsprechende Nachfrage von Herrn Bremerich erklärt Herr Neumann, dass die Dauer bis zur Realisierung des Streckenabschnitts erst geschätzt werden könne, wenn der genaue Verfahrensweg feststehe. Ein bis zwei Jahre seien aber allein wegen der zeitintensiven umweltfachlichen Untersuchungen das Minimum. Zur Beschleunigung der Prozesse könnte die Unterstützung des Projekts durch Politik und Verwaltung beitragen.

Herr Semmelmann erklärt, das Projekt sei sehr positiv besetzt. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis liege nach den Ergebnissen der Machbarkeitsstudie bei 4 Euro Mehrwert je investiertem Euro. Dabei sei der touristische Mehrwert noch nicht berücksichtigt. Seines Wissens wolle der RVR den RS 1 bis zum Jubiläumsjahr 2020 fertigstellen. Die SPD-Fraktion unterstütze das Projekt.

Herr Niessner fragt an, ob die Trasse in weniger stark befahrenen Bereichen auch schmaler gebaut werden könne, um gegebenenfalls Planungsprozesse zu vereinfachen. Herr Neumann weist darauf hin, dass für den Radschnellweg nicht, wie für andere Radwege, von der Frequentierung abhängige Standards definiert seien, sondern eine durchgängige Breite von 4 m Radweg und 2 m Gehweg vorgesehen sei. Eine Abweichung von 10 Prozent sei möglich.

Auf weitere Frage von Herrn Niessner erklärt Herr Neumann, dass der RS 1 mit anderen Radwegen verknüpft werden solle. Unter anderem sei die Anbindung des Emschertalradwegs geplant.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stimmt Frau Schneider der Einschätzung von Herrn Semmelmann zu, dass das Projekt überregional positiv gesehen werde. Es werde, so ihr Eindruck aus der Mobilitätskonferenz in Essen, auch von der neuen Landesregierung unterstützt. Es wäre von großem Vorteil, wenn die Teilstrecke des RS 1 zwischen Kamen und Dortmund bis zur geplanten Sperrung der S-Bahn-Linie S 4 befahrbar wäre.

Frau Leißer kündigt für die nächste Sitzung des Ausschusses eine Darstellung der Radaktivitäten im Kreis Unna, bezogen sowohl auf den Freizeitverkehr als auch auf den Alltagsverkehr, an. Das Thema RS 1 sei dabei eine wichtige Größe für die Radverkehrskonzepte des Kreises und des RVR.

Herr Bremerich bedankt sich abschließend bei den Referenten und erklärt, dass der Ausschuss die weitere Planung und Umsetzung des RS 1 begleiten werde.

Herr Neumann und Herr Oberhuber verlassen die Sitzung.

**Punkt 4 137/17 Sachstandsbericht Internationale Gartenausstellung Metropole Ruhr 2027 (IGA); Tagesordnungspunktaufnahmeverlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.08.2017**

Erörterung

Frau Leißer weist einleitend darauf hin, dass Herr Fischer (RVR) als verantwortlicher Koordinator der IGA seinen geplanten Bericht im Ausschuss nicht heute, sondern erst in einer der nächsten Sitzungen halten werde, wenn konkrete Zahlen zur Finanzierung des Projekts feststünden.

Sie berichtet sodann über den Sachstand anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 2 der Niederschrift) und erinnert zunächst an die politische Beschlussfassung im März 2016 bezüglich der Bewerbung für die IGA 2017. Der Kreistag habe sich für eine Bewerbung ausgesprochen, wobei bereits festgelegt wurde, dass sich der Kreis nicht an den Investitionen beteiligen solle.

Nunmehr müsse über die Durchführung der IGA entschieden werden. Der Drucksache sei der aktuelle Sachstandsbericht des RVR beigefügt. Der endgültige Projekt- und Finanzplan werde erst Ende 2017/Anfang 2018 zur Beschlussfassung vorliegen.

Frau Leiße stellt sodann die wesentlichen Inhalte der vorgesehenen IGA-Projekte vor (Folien 4 ff der Präsentation). Nach dem derzeitigen Stand gehe man von einem Kostenrahmen von 95 Mio. Euro aus. Dem stünden 50 Mio. Euro Einnahmen gegenüber, so dass ein Defizit von 45 Mio. Euro verbleibe (vgl. Folie 9). Es sei die Übernahme von Kosten in Höhe von jeweils rund 10 Mio. Euro durch die Emschergenossenschaft sowie durch den RVR vorgesehen. Für die Kommunen verbleibe damit ein Anteil von 25 Mio. Euro. Verschiedene Finanzierungsmodelle würden derzeit diskutiert und seien in der Drucksache dargestellt.

Wichtig sei aus ihrer Sicht, so Frau Leiße, dass im Falle einer Deckelung der Kosten das Projekt nicht so verändert werde, dass der erwartete Imagegewinn ausbleibe. Der in der Drucksache aufgezeigte Zeitrahmen sei noch einmal angepasst worden, wie auf Folie 18 dargestellt. Es werde von der Zeitplanung des RVR abhängen, ob eine Beschlussfassung der Kreisgremien noch in diesem Jahr erforderlich sei oder erst im Frühjahr 2018.

Herr Jasperneite erinnert an die im Kreis geltende Beschlusslage, wonach die Gebietskörperschaften, die sich an den Investitionen beteiligen müssten, vorab entsprechende Beschlüsse der maßgeblichen Gremien herbeiführen sollten. Er sehe nicht, wann dies in der vorgestellten Zeitplanung erfolgen könnte. Die Investitionskosten seien noch nicht in den genannten Kosten von 95 Mio. Euro enthalten.

Er bittet die Verwaltung zudem zu prüfen, auf welcher Rechtsgrundlage die Emschergenossenschaft 10 Mio. Euro in das Projekt fließen lasse, und ob damit Maßnahmen mit direktem Bezug zur Emscher gefördert würden. Auch die 10 Mio. Euro, die der RVR finanzieren wolle, stünden seines Wissens noch nicht im dortigen Haushaltsplan.

Frau Leiße erklärt, nach Aussage des RVR sei für 2018 bereits eine Mio. Euro im Haushalt vorgesehen. Diese sei jedoch angeblich nicht ursächlich für die Erhöhung der Verbandsumlage. Schriftliche Planungen lägen noch nicht vor.

Herr Hebebrand bittet, diese Informationen noch einmal zu überprüfen und dem Protokoll beizufügen.

(Entsprechende Protokollnotiz:

Der RVR hat den Sachstand zur IGA 2027 im Planertreff am 13.10.17 sowie in der Bürgermeisterkonferenz am 20.10.17 vorgestellt. Die politische Beschlussfassung muss seitens des RVR bis zum Sommer 2018 erfolgen. Die politischen Beschlüsse des Kreises Unna sowie von Bergkamen und Lünen als Sonderstandorte müssen dem vorausgehen (voraussichtlich im 1. Quartal 2018). Derzeit werden die Investitions- und Folgekosten spezifiziert und es wird ermittelt, welche Bausteine von Bergkamen und Lünen sowie dem RVR umgesetzt werden. Bei der Vorstellung des Ansparmodells hat der RVR in der Bürgermeisterkonferenz bestätigt, dass 1 Mio. Euro/Jahr ohne Erhöhung der RVR-Umlage realisiert werden können. Auf der Ebene „Unsere Gärten“ liegen für alle 10 Kommunen Vorschläge vor.)



Frau Schneider erklärt, ihrer Fraktion sei nicht bekannt, ob für die Aufgaben zusätzliches Personal erforderlich sei. Frau Leißer habe dargestellt, dass viele der vorgesehenen Maßnahmen schon durch den Kreis begleitet würden; das sollte aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so fortgeführt werden. Zudem sollten verkehrliche Maßnahmen auf Kreisebene koordiniert und beispielsweise Gespräche auf Dezernatsebene initiiert werden, so dass man die vorgesehenen Maßnahmen großflächiger betrachten und so besser miteinander kooperieren könne. Dies sei die Intention des Antrags.

Für die SPD-Fraktion erklärt Herr Enters, nach intensiver Diskussion des Antrags innerhalb seiner Fraktion gebe es noch offene Fragen. Diese beträfen unter anderem die Finanzierung, die Zuständigkeiten innerhalb des Hauses und die Zuständigkeiten der Fachbereiche und Gremien des Kreises für das Thema. Zudem wisse man nicht, ob die Kommunen eine Koordinierung überhaupt wünschten. Außerdem müsse gegebenenfalls das LANUV als zuständige Landesbehörde stärker in die Pflicht genommen werden. Daher bitte er darum, die Beschlussfassung über den Antrag auf die Sitzungen des Kreisausschusses und des Kreistages zu vertagen.

Für die CDU-Fraktion erklärt sich Herr Jasperneite mit der Vertagung einverstanden. Zudem sollte aufgrund der Nähe zu Dortmund in die Diskussion die Frage mit einbezogen werden, ob der Kreis Unna „Quellemittent“ sei, oder ob die Ursache der Überschreitung der Grenzwerte möglicherweise in Dortmund liege, so dass eher dort entsprechende Maßnahmen getroffen werden müssten. Er regt an, auch Gespräche mit der Umweltverwaltung der Stadt Dortmund über die Situation zu führen.

Frau Schneider erklärt sich auf Nachfrage von Herrn Bremerich ebenfalls mit der Vertagung des Antrags einverstanden.

Die weitere Beratung und Beschlussfassung wird daher einvernehmlich auf die Sitzungen des Kreisausschusses und des Kreistages vertagt.

**Punkt 5.1 143/17 Interkommunale Zusammenarbeit im Kreis Unna - Kreis als Fachinformati-  
ons- und Koordinierungsstelle für Maßnahmen zur Verbesserung der Luft-  
qualität;  
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 07.09.2017**

Erörterung

siehe Punkt 5

**Punkt 6 142/17 Öffentlich-rechtliche Vereinbarung für gebietsübergreifende Linien;  
Finanzierungsvereinbarung "U 41" mit der Stadt Dortmund;  
Refinanzierungsvereinbarung "U 41" mit der Stadt Lünen**

Erörterung

Frau Leißer erläutert zunächst eingehend die Hintergründe für die Notwendigkeit der abzuschließenden Vereinbarungen und deren Inhalt. Auf die ausführliche Darstellung in der Drucksache wird insoweit verwiesen. Sie stellt zudem den Verlauf der grenzüberschreitenden Linien dar (vgl. Anlage 4).

Die Verträge würden erst abgeschlossen, wenn auch in den Gremien der Stadt Lünen die entsprechende Beschlussfassung erfolgt sei, was aus terminlichen Gründen später der Fall sein werde als beim Kreis.

Für die SPD-Fraktion begrüßt Herr Oldenburg die Vereinbarung, insbesondere die vorgesehene Laufzeit bis 2040, die den Einwohnerinnen und Einwohnern aus Brambauer sehr entgegenkomme. Er danke dem Kreis, der weiterhin den finanziellen Beitrag zu der Linie leiste und der seinerzeit gemeinsam mit der Stadt Lünen durch entsprechende Intervention dafür gesorgt habe, dass die Linie nicht, wie von den DSW beabsichtigt, in Brechten abgebunden werde. Die Linie sei sehr beliebt und werde intensiv genutzt.

### Beschluss

Dem Kreisausschuss wird empfohlen, dem Kreistag folgenden Beschluss vorzuschlagen:

1. Der Landrat wird beauftragt, eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung (s. Anlage A der Drucksache 142/17) mit der Stadt Dortmund über die Erbringung von Verkehrsleistungen der Dortmunder Stadtwerke AG (DSW21) auf dem Gebiet des Kreises Unna abzuschließen.
2. Im Zusammenhang mit dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung wird der Landrat beauftragt, eine neue Finanzierungsvereinbarung für die grenzüberschreitende Stadtbahnlinie U41 (Do.-Hörde – Lünen-Brambauer) abzuschließen (s. Anlage 2 der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung).
3. Daraus folgend wird der Landrat beauftragt, eine neue, die alte ersetzende, Refinanzierungsvereinbarung bzgl. der Stadtbahnlinie U41 mit der Stadt Lünen abzuschließen (s. Anlage B der Drucksache 142/17).

### Abstimmungsergebnis

einstimmig beschlossen

## **Punkt 7**

### **Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen**

#### **1. Zeitplanung ÖDLA**

Frau Leiße teilt mit, dass die Vorabbekanntmachung nach Auskunft des begleitenden Gutachters erst später als bisher angenommen erfolgen müsse. Dies wirke sich auf die Zeitplanung für die Erstellung des Nahverkehrsplans dahingehend aus, dass das Beteiligungsverfahren für die Städte und Gemeinden erst im ersten Quartal 2018 eröffnet werden müsse. Somit bleibe mehr Zeit für die Vorberatungen.

#### **2. Zeitplanung für den Bau der Südkamener Spange**

Herr Jasperneite weist darauf hin, dass im kommenden Jahr seitens der Deutschen Bahn eine achtwöchige Sperrung der Bahnstrecke zwischen Dortmund und Hamm geplant sei und fragt an, welche Maßnahmen die Verwaltung ergreifen könne, damit der Bau der Südkamener Spange in diesem Zeitraum erfolge.

Frau Leiße nimmt die Anfrage als Anregung auf. Die Beantwortung erfolgt nach entsprechender Klärung.

(Hinweis der Schriftführung: Die Zeitplanung für den Bau der Südkamener Spange wird Thema im Unterausschuss für Hoch- und Tiefbauangelegenheiten am 21.11.17 sein.)

## Anlagen

1. Präsentation Planungsstand RS 1
2. Sachstandsbericht IGA 2027
3. Bericht Feinstaub – Luftreinhaltung
4. Plan grenzüberschreitende Linien 2017

ges. Silke Schmücker  
Schriftführerin

gez. Günter Bremerich  
Vorsitzender